

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 370,

für Inhalt und Charakter.

Jahrgang 1903.

Verlags-Redaktion: Halle, 2. Hofstr. 13. (Telefon 113).
Geschäftsstelle: Halle a. S., Leipzigerstr. 67, Hinterhaus.
Telefon Nr. 155. (Eingang Dr. Brandenb.)

Montag-Ausgabe

Montag, 10. August 1903.

Verlags-Redaktion: Halle a. S., Leipzigerstr. 67, Hinterhaus.
Telefon Nr. 155. (Eingang Dr. Brandenb.)
Geschäftsstelle: Berlin, Brandenburgstr. 3.
Telefon-Nr. VII Nr. 11 494.
Druck und Verlag von Cito Schiele in Halle a. S.

Erinnerungen an die letzte Reichstagswahl.

Wahlbetrachtungen und kein Ende! So muß man sprechen, wenn man die Presse aller Parteien aufmerksam zu verfolgen durch Beruf und Zeitung verpflichtet ist. Immer wieder gut gemeinte und zuweilen auch wirklich gute Reden, von denen meist nur zweifelsfrei ist, ob sie bei den nächsten Wahlen im Herzen der Wähler auch den gewünschten Widerhall wecken und durch die Abgabe des richtigen Stimmzettels auch in die Tat umgesetzt werden. Auffallend wenig aber wird in diesen Wahlbetrachtungen die politische Reife der deutschen Wählermassen berührt, die politische Reife, die leider nach den Ergebnissen der letzten Wahlen wieder um ein erhebliches abgenommen hat. Und was ist es weiter als politische Unreife, wenn die mit den gegenwärtigen Verhältnissen im Reich, im Staat, in den Kommunen unzufriedenen Wähler unbedingt ihre Stimme einem sozialdemokratischen Kandidaten geben? Und dies haben — das räumt auch die um das rote Banner geführte drei Millionen-Partei offen ein — diesmal ungezählte Tausende getan, statt mit verdoppeltem Eifer für den Vertreter derjenigen Parteien zu werden, nach deren politischen und wirtschaftlichen Programm und bisherigem Verhalten am ehesten und lohnreichsten eine Wiederkehr der Dinge zu erwarten steht. Ist es nicht eine Vorzeit fondergelegenheit, das Geiz zu erwarten von der Partei der reinen Bereinigung, von der Partei, der es in der Politik nicht auf positive Leistungen ankommt, sondern die hier nichts anderes darstellt als den Geist, der feilsch verneint? Wer in Staat und Reich Sozialdemokrat zu sein vertreten mag, der tut doch etwa das gleiche wie der Mann, der zur Gesundung seines Weinbergs diesem Weidwaid zuführt! Einen großen Teil der Schuld an der dauerlichen Laft, daß die Arme der Unzufriedenen im Verlauf des letzten Jahres fünf unzureichend viele Neutünen erhalten hat, trägt natürlich, wie wir wiederholt ausgeführt haben, die gegenwärtige Wirtschaftspolitik der Regierung, mit ihrer Bevorzugung des Großkapitals, eine Politik, die wenigen Überreichen die Millionen Einkommen gegenüberstellt. Daneben sollte man aber einen weiteren Grund für die Abnahme echt vaterländischer Gesinnung nicht übersehen: Die Wähler, welche wahre Begeisterung im Herzen tragen, und an deren Vaterlandsliebe keine Mißbilligung maßlos abbraut, weil sie Deutschlands große Zeit miterlebt haben, sie sterben mehr und mehr dahin. Ein neues Geschlecht wächst heran, das nicht mehr unter jenen gewaltigen Einwirkungen zur Wohlfröhen gelangt und daher wirklich sozialdemokratischen Geheimen kein Ohr leihet. Um so größer ist aber auch die Pflicht aller Nationalgehirnen, auf eine vaterländische Erziehung unserer Jugend bedacht zu sein.

Die politische Unreife ist in vielen Kreisen unseres Volkes vorhanden, und was noch bedauerlicher ist, sie wird, wie die letzten Reichstagswahlen wiederum aufs deutlichste gezeigt haben, von Sozialdemokraten und Linksliberalen (Kruppellos ausgebeutet. Was haben diese Leute dem von ihnen angeblich so „gehegten“ und „geliebten“ deutschen „Volk“ alles weisgemacht! Es ist fast nicht glaublich, und man muß es erleben, welcher Grad von Unintelligenz dem lieben Volk mit Erfolg zugetraut wird. Hier nur einige Beispiele. Eines schönen Sonntages 1903: Wählerversammlung in R. Der sich präsenzierende Reichstagskandidat sagt wörtlich zu den Parteimitgliedern u. a. folgendes: „Und nun komme ich zu den Reichstagen; sie ist nicht in den Händen des Reiches, sondern der Juden. Diese haben darin eine Geschicklichkeit, und mit jedem gedruckten Laute markieren, der einen Materialwert von 1/4 Pfennig hat, haben diese das deutsche Volk allemal um 1000 Mark betrogen.“ Die Wirkung dieses Hörschims: Stürmischer Applaus der Versammlung! — In einer anderen Wählerversammlung sagt ein linksliberaler Abgeordneter zur Wählerversammlung: „Wählen Sie mich, so werden Sie in allen Dingen besser fahren. Wählen Sie den Marcarier, so wird die Wolke so teuer, daß Sie nur noch Hosen bis an die Knie tragen können; ich aber sage dafür, daß Sie Hosen bis herunter zu den Füßen tragen können.“ — Ein Agitator treibt Agitation vor Hans zu Hans. Er notiert die Namen der Leute und ihren Besitz von nur einer Fuß, ihnen mitteilend, daß, wenn sie keinen Kandidaten wählen, sie dann u. a. e. Knie bekommen, zur

tript einer Frau eines so instruierten Wählers ihre einzige Fuß, und sie wendet sich um die zweite Fuß an das betreffende Wahlkomitee, das ihre tatsächlich eine Ziege, die „Stuh des armen Mannes“, fängt!

Wir glauben, diese wenigen Beispiele genügen, um die deutsche Bevölkerung erkennen zu lassen, welche Momente die deutschen Wählergebnisse mit beeinflusst! Es wäre spasshaft, wenn es nicht zu betrieblend wäre, in anbrachte der Laft, daß dem Ausfälle der Wahlen der Gang unserer inneren Politik wie der Wirtschaftspolitik abhängt, soweit der Reichsregierung gleichbedeutende Faktor, der Reichstag, mitzugreifen hat. Mühen nicht diesen Leuten gegenüber, die mit solchen geradezu beleidigend dummen falschen Vorpiegelungen sich ein Reichstagsmandat zu erspäandeln suchen, die Anbörner sich aufpassen und auf solche Abweichungen bei so ernster Sache damit antworten, daß sie diese Herren zum Saale hinausjagen? Unser Volk aber möge daraus ersehen, wie nötig es ist, sich ernstlich und mit größerem Verstand zu beschäftigen mit den öffentlichen Dingen zu kümmern, damit ihm nicht das Fell über die Ohren gezogen wird!

Deutsches Reich.

* „Stadt und Land.“ In einem so überfließenden Artikel bezieht der „Vormarsch“ die stetige Bevölkerungszunahme in den Städten und Industriezentren, die mit einem Rückgang der ländlichen Bevölkerung verbunden ist. Triumphierend sieht das sozialdemokratische Organ daraus die Folge, daß damit notwendiger Weise im Laufe der Zeit die „Junkerherrschaft“ von selbst zusammenbrechen muß.

Wir geben die Schritte der Wächler. Unter dem Titel „Die Entkulturation des englischen Volkes“ gibt das „Hannoversche Echo“ die Darlegungen einer Rede wieder, die der Bischof von Hildesheim kürzlich im englischen Oberhaus gehalten hat: Die Ausführungen bieten an der Hand sehr umfangreicher Ermittelungen und eines überaus reichen statistischen Materials den vollen Nachweis dafür, daß ohne eine durchgehende Veränderung in den Lebensbedingungen des englischen Volkes bis ins Jahr 1920 der natürliche Bevölkerungszunahme für das Vaterland wie auch für die Kolonien aufhöre wird. Der Redner zeigt, daß in den Jahren 1885 bis 1902 die Anzahl der Familien von 4,3 auf 3,2 zurückgegangen ist. An den industriellen Großstädten sieht die Anzahl der Familien im Durchschnitt nur noch auf 3, in einzelnen Städten, wie z. B. in der West- und Kentonstadt Sheffield, nur noch auf 2,7. Die Zahl der Beschäftigten vermindert sich in diesen Städten trotz der zahlenmäßigen Bevölkerungszunahme. Die Sterblichkeit der Kinder im Alter bis zu einem Jahre erhöht sich von Jahr zu Jahr. In einzelnen Bezirken des Königreichs ist die Sterblichkeit der Säuglinge auf 80 Prozent gestiegen. Auch die Sterblichkeit unter den Kindern bis zu zehn Jahren steigt vielfach bis auf 50 Prozent. Da ein tüchtiger Nachschub für die körperliche Leistungsfähigkeit der erwachsenen männlichen Bevölkerung nicht vorhanden ist, so kann sich die hiesige politische Situation nur auf die Gedanken eingehen. Welche Dinge aber können bei uns über ein so schlechtes Schicksal und Aussehen in sehr bedeutender Weise abnimmt. Die Hauptstadt London und einige wichtige Städte sehen noch etwas glänzender da. Dagegen zeigen alle westlichen und mittleren Städte von Glasgow bis Cardiff, besonders aber Liverpool, Manchester, Dublin, sowie alle übrigen irischen Städte einen erschreckenden Rückgang an Körperkraft und Körpergröße der Bevölkerung. Ein Satz erklärt, daß, wenn in England die allgemeine Beschäftigung eingestellt werden sollte, man als Mindestmaß für Körpergröße und Gesundheit in den westlichen Industriestädten zu haben greifen müßte, wie sie in Japan eingestrichelt sind. Was den für die deutsche Arme geltenden Mindestmaß würde in England nur noch die kümmerliche Hälfte der männlichen Bevölkerung für den Feuerdienst tauglich sein. Dieses Urteil gilt allerdings nur für die häßliche Bevölkerung; aber der Bischof hat berechnet, daß gegenwärtig nur noch 24 Prozent der Bevölkerung des Vereinigten Königreichs nicht in den Städten und den damit unmittelbar verbundenen Bezirken wohnen. Innerhalb dieses so wachen Bevölkerungszunahme ist die körperliche Leistungsfähigkeit allerdings noch höher; aber gerade diese Kreise stellen das hässliche Auswanderungscontingent, so daß deren Körperkraft ihnen deshalb zurückgeht.

Selbstverständlich kann daraus nicht gefolgert werden, daß nun die Industrie an sich der Feind der Volkskraft sei und mit aller Mühen zurückzuführen werden müsse. Wohl aber ist es nötig, daß das hiesige Land unter allen Umständen in zureichender Weise als Quellgebiet erhalten wird, in dem ständig wieder neue Volkskraft wie frisch aus der Erde quillt und woher sie sich immer neu über das ganze Volk ergießt. Die Städte und die Industrie braucher das Land auch um des Menschennutzens willen. Es besteht eine natürliche und innige Bundesgenossenschaft zwischen Stadt und Land, diese Bundesgenossenschaft aber ist, der Sozialdemokratie als Todfeindin gegenübergerichtet — mit Unrecht und zum Schaden des Volkes und Vaterlandes.

* Der Kaiser ist am Samstag nachmittag auf den „Hohenoller“ in Obbe eingetroffen. In Obbe alles wohl. Weiter trübe.

* Der Kronprinz, sowie die Prinzen Wilfried und Oskar sind nach Pösch zurückgekehrt. Der Kronprinz wird am 18. September in Wien an der Kaiserin ein treffen.

* Der König von Sachsen hat aus Anlaß seines Geburtstagestages ein Amnestie erlassen. Es wurde 70 Strafgefangenen die Freiheit geschenkt.

* Personalnachrichten. Der vortragende Rat im Reichsgewerbeamt, Geh. Ober-Regierungsrat Dr. Egidius Herzog, feierte am Sonntag sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum. Der Vorsitzende des Reichlichen Provinzial-Landtages, Landrat a. D. Wilhelm Gehme hat Alexander v. Helmuth auf Holzhausen, ist am Sonntag gestorben. Er gehörte früher auch dem Reichstage an. — Der in Dornum verlebte bayerische Landtagsabgeordnete Oberlandesgerichtsrat Brünings gehörte dem Reichstage als Mitglied der nationalliberalen Partei bis zum Jahre 1898 an. — Der Provinzial-Verwaltungsdirektor von Olsprengen, Reichlicher Geheimer Regierungsrat Brünings, geht, wie die „Köln. Post.“ hört, am 1. Oktober d. J. in den Ruhestand zu treten.

* Zur Hilfssaktion für die Ueberschwemmten. Durch Verfügung des Justizministers sind die Kreis- und Kreisgerichte in den Ueberschwemmungsgebieten der Provinz Sachsen und Posen angewiesen worden, gegenüber Personen, welche durch die stattgehabten Ueberschwemmungen in eine bedräugliche Lage gekommen sind, bei der Vertreibung von Gerichtsstätten mit Schöpfung vorzugeben und Stundungsgegenständen tunlichst auf Verschonung, wenn zu erwarten steht, daß durch eine Stundung erheblichen wirtschaftlichen Entschädigungen vorgebeugt werden kann. — Das Reichskomitee zu Gunsten der durch Hochwasser Geschädigten hat dem Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen zur Unterstützung der in dieser Provinz notleidenden Ueberschwemmten auf dessen Wunsch sofort 5000 Mark zur Verfügung gestellt. — Der Reichskomitee hat die Provinz Sachsen zu dem Zweck eines Werkes genehmigt, welches geeignet ist, das Interesse weiterer Kreise zu erwecken.

Es handelt sich um die Veröffentlichung photographischer Aufnahmen, die das Leben der kaiserlichen Familie während ihres Sommeraufenthaltes in Sardinien veranschaulichen. Herausgeber ist der bekannte fotografische Photograph Oskar Reusch in Berlin, der schon 1897 in ähnlicher Weise die durch die normale Hochwasserkatastrophe betroffenen Schleier erhebliche Mittel stiftete machte. Damals konnte er über 4000 Mk. dem Hilfskomitee überreichen.

Das diesmal zur Veröffentlichung gelangende Bilderwerk wird noch dadurch besonders anziehend sein, daß der Kaiser und die kaiserlichen Prinzen zu demselben selbstgezeichnete Miniaturen beigefügt haben.

* Die deutsch-russischen Handelsvertrags-Vorverhandlungen. In den Vorverhandlungen in Petersburg für den deutsch-russischen Handelsvertrag neben von deutscher Seite außer den schon genannten Unterhändlern noch folgende Vortragende Miteil: Der Geheime Legationsrat im Auswärtigen Amt Dr. Götze, Dr. Garrant, der Geheime Regierungsrat im Reichsamt des Inneren Dr. Müller und der Geheime Regierungsrat im preussischen Finanzministerium Vonner. — Anwaltliche haben die Vorverhandlungen begonnen, und zwar mit einem — Diner! Aus Petersburg berichtet das „Wolffsche Tel.-Bl.“ darüber höchst gewissenhaft:

In der ersten deutschen Delegation fand am Freitag ein Diner statt, zu welchem die deutschen Delegierten für die Handelsvertrags-Vorverhandlungen, die Minister der Finanzen, des Inneren und des Amern, sowie die Mitglieder der deutschen Delegation und des Generalconsulats geladen waren. Minister Witte bildete mit den übrigen Gästen nach dem Diner in anregender Unterhaltung bis weit in die Nacht.

* Zum Eintritte der Bauarbeiten. Durch einen Erlaß vom 27. Februar d. J. war seitens der zuständigen Minister auf die Notwendigkeit einer härteren unternehmlichen Ueberwachung der Bauausführungen im Interesse eines erhöhten Auges der Bauarbeiter gegen Krankheiten und Unfälle hingewiesen worden. Im Anschlusse hieran wird nun in einem neuen Erlaß bestimmt, daß, soweit keine ausreichenden polizeilichen Schutzvorschriften vorhanden sind, deren Beachtung der Gegenstand der Kontrolle zu bilden hat, die Ueberwachung der Bauausführungen auf die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften der Baugewerkschaftsgesellschaften zu richten ist. Wenngleich diese Vorschriften einzelne Ausnahmen aufweisen, so erheben sie doch im großen und ganzen als dem Arbeiter entsprechende, so daß sie eine geeignete Grundlage für die Aufsicht bilden können. Wenn von den Beamten der Polizeibehörden Verschonungen gegen diese Bestimmungen festgehalten werden, so ist strafend einzusetzen. Falls der Betrieb so erheblich ist, daß die Strafbeschlüsse der Polizei nicht ausreichen, so ist die Amtsanwaltschaft angeben. Der Justizminister hat eine entsprechende Anweisung der Amtsanwaltschaft erteilt. Die Befugnis der Polizei, mit ihr zur Verfügung stehenden Zwangsmitteln auf die Befolgung vorgegebener Mängel hinzuwirken, wird hierdurch nicht berührt.

* Das Dienstatte der Volkshilfsvereine. Die „Stat. Corr.“ bringt ausführliche Angaben über das Dienstatte der Volkshilfsvereine in Preußen nach dem Stande vom Juni 1901. Danach gab es in Preußen am 27. Juni 1901 26 292 Lehrer in den Städten, 48 198 auf dem Lande und 9025 Lehrpersonen in den Städten, 4725 auf dem Lande. Unter diesen hatten in den Städten 3449 Lehrer oder 13,07 vom Tausend ein Dienstatte, unter 31 Tausend und damit die höchste (neunte) Altersstufe erreicht; auf dem Lande war dies bei 5433 Lehrern oder 12,5 v. T. der Fall und von den Lehrpersonen bei 283 oder 31,4 v. T. in den Städten und bei 170 oder 37,2 v. T. auf dem

